

Insolventer Zahlungsdienstleister

Entlassungswelle bei Wirecard

Das Amtsgericht hat das Insolvenzverfahren eröffnet. Konkursverwalter Michael Jaffé greift durch und stellt einen Großteil der verbliebenen Mitarbeiter in Deutschland frei. Auch alle Vorstandsverträge wurden gekündigt.



Wirecard-Büro in Wien: Die Gläubiger sollen ihre Forderungen bis zum 20. Oktober einreichen.

F. Holtermann, A. Kröner, V. Votsmeier Frankfurt, Düsseldorf

Der Betrugs skandal bei Wirecard hat jetzt auch für zahlreiche Mitarbeiter des Zahlungsdienstleisters harte Konsequenzen. Rund 730 von insgesamt 1300 Beschäftigten wird gekündigt, teilte Insolvenzverwalter Michael Jaffé am Dienstag mit. Auch alle Vorstände werden entlassen. „Die wirtschaftliche Lage der Wirecard AG war und ist angesichts der fehlenden Liquidität und der bekannten skandalösen Begleitumstände äußerst schwierig“, sagte Jaffé. „Mit den üblichen Restrukturierungs- und Kostenanpassungsmaßnahmen ist es daher nicht getan.“ Die Zahl der Stellen „und alle weiteren Kostenpositionen“ bei den insolventen Wirecard-Gesellschaften müssten nun „der unternehmerischen Wirklichkeit angepasst werden“.

Das Amtsgericht München hatte zuvor das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Mutterkonzerns Wirecard AG sowie von sechs weiteren deutschen Wirecard-Gesellschaften eröffnet. Die Tochter Wirecard Bank ist davon nicht betroffen.

Zudem wurde Jaffé vom vorläufigen zum endgültigen Insolvenzverwalter gemacht. Der erfahrene Sanierungsexperte hatte zuletzt bereits das Brasilien-Geschäft von Wirecard losgeschlagen. Auch bei Teilen des britischen Geschäfts gab es einen Verkaufserfolg. Der Verkaufsprozess für die Tochtergesellschaft Wirecard North America sei ebenfalls weit fortgeschritten, erklärte er. Zudem gebe es bei der Verwertung von anderen Konzernteilen weltweit Fortschritte.

Im Verkaufsprozess für das Kerngeschäft stehen wir aktuell mit mehreren namhaften Interessenten in Verhandlung.

Michael Jaffé
Insolvenzverwalter

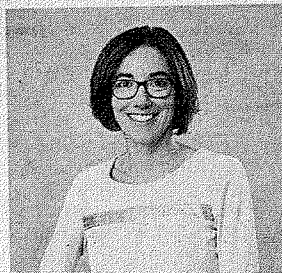
„Im Verkaufsprozess für das Kerngeschäft, in dessen Rahmen auch die nicht insolvente Wirecard Bank am Markt angeboten wird, stehen wir aktuell mit mehreren namhaften Interessenten in Verhandlungen über einen Erwerb“, betonte Jaffé. Interesse an der Wirecard Bank hatte zuletzt unter anderem die Deutsche Bank angemeldet.

Die Gläubiger von Wirecard, zu denen viele deutsche und europäische Banken gehören, sollen ihre Forderungen bis zum 20. Oktober beim Amtsgericht München einreichen. Am 18. November soll dann die erste Gläubigerversammlung im Münchener Löwenbräukeller stattfinden.

Neben der Verwertung der Wirecard-Bestandteile will Jaffé auch die Vorgänge aufklären, die zur Insolvenz von Wirecard geführt haben. Dies werde angesichts des enormen Umfangs der zu prüfenden Daten und Zahlungsvorgänge jedoch „noch einige Zeit in Anspruch nehmen“, betonte der Insolvenzverwalter. Allen Erfolg versprechenden und werthaltigen Schadensersatzansprüchen werde er jedoch nachgehen.

Wirecard hatte im Juni dieses Jahres Luftbuchungen von 1,9 Milliarden Euro eingeräumt. Die Münchener Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Wirecard-Vorstand seit 2015 Scheingewinne auswies. Der Schaden für die kreditgebenden Banken und Investoren könnte sich auf 3,2 Milliarden Euro summieren.

Bereits am Montagabend hatte der alte Wirecard-Vorstand mehrere Hundert Mitarbeiter freigestellt. „Aufgrund fehlender Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten bist Du mit Wirkung ab dem 25.08.2020 (...) unwiderruflich frei-



Produktvorständin Susanne Steidl: Sie führte zuletzt die Geschäfte in Aschheim.

730

Mitarbeitern von Wirecard wird gekündigt. Zuletzt waren noch 1300 Menschen beim Zahlungsdienstleister beschäftigt.

Quelle: Michael Jaffé

gestellt“, hieß es in der E-Mail an zahlreiche Wirecard-Angestellte, die dem Handelsblatt vorliegt. Bei einer Freistellung muss beziehungsweise darf ein Beschäftigter nicht mehr zur Arbeit erscheinen, wird aber noch bezahlt.

Die Gewerkschaft Verdi kritisierte die Freistellungen bei Wirecard und sprach von einem „schäbigen Vorgehen“. „Wir können nicht ausschließen, dass mit der Freistellung versucht wird, die Betriebsratswahlen zu verhin-

dem“, sagte der zuständige Münchener Verdi-Sekretär Kevin Voss dem Handelsblatt.

Für Dienstag wurden in mehreren Wirecard-Tochtergesellschaften Betriebsratswahlen vorbereitet. Bei den drei Töchtern Wirecard Technologies, Issuing und Global Sales wurden insgesamt zwölf Wahlvorstände gewählt. Trotz der Verunsicherung innerhalb der Belegschaft liefen die Wahlen in der Konzernzentrale bis zum Nachmittag wie geplant ab.

Aus Sicht von Martin Pröpper, Fachanwalt für Arbeitsrecht bei der Kanzlei Ulrich Weber & Partner, kommt die Initiative für die Mitarbeiter aber wohl zu spät. Er vermutet, dass ein Betriebsrat gegründet werden sollte, um noch einen Sozialplan mit Abfindungen zu bekommen. Dafür hätte der Betriebsrat laut Pröpper aber bereits gewählt sein müssen, bevor der Insolvenzverwalter Kündigungen beschließt und verkündet. „Wenn der Insolvenzverwalter jetzt die Kündigungen rausjagt, dann scheint er das juristische Rennen gewonnen zu haben“, sagte der Arbeitsrechtsexperte. Die betroffenen Mitarbeiter müssten nun individuell prüfen, ob sie gegen ihren Rauswurf vorgehen. „Aber bei Kündigungen durch den Insolvenzverwalter ist nicht fürchtbar viel zu holen“, sagte Pröpper.

Produktvorständin in der Kritik

Unter den Mitarbeitern steht vor allem Produktvorständin Susanne Steidl in der Kritik. Sie führte zuletzt unter Aufsicht des vorläufigen Insolvenzverwalters Jaffé de facto allein die Geschäfte in Aschheim. Der neue Vorstandsvorsitzende James Freil wollte zuletzt wegen eines Trauerfalls bei seiner Familie in den USA, Finanzvorstand Alexander von Knoop ist im Urlaub.

Innerhalb der Konzernführung sollen drei Listen kursieren, heißt es in Aschheim: Rund 400 „Kern-Angestellte“ sollen als Übergangsmanagement an Bord bleiben und zu einem möglichen Wirecard-Käufer wechseln. Rund 100 technische Administratoren stehen demnach auf einer „Transformationsliste“. Sie sollen bei einem möglichen Übergang von Systemen und Plattformen helfen, dann aber womöglich binnen sechs Monaten gekündigt werden.

Zu guter Letzt soll es eine interne „Termination-Liste“ von rund 600 als entbehrlich erachteten Angestellten geben: Sie haben am Montag ihre Freistellung erhalten. „Die Freistellung per Mail zu verkünden ist rechtlich fragwürdig“, kritisiert Verdi-Sekretär Voss. „In jedem Fall ist es hochunprofessionell und menschlich schäbig.“ Wirecard wollte sich dazu nicht äußern.

Produktvorständin Steidl und Finanzvorstand von Knoop waren bis zur Kündigung am Dienstag weiter im Amt. Nach übereinstimmenden Berichten von mit dem Vorgang vertrauten Personen soll Steidl jedoch nach der Kündigung einen Beratervertrag erhalten, damit Jaffé weiterhin auf ihre operativen Kenntnisse in der anstehenden Verwertung zurückgreifen kann. Von Knoop geht demnach leer aus. Von Jaffé gab es hierzu keinen Kommentar.